

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 576.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Belegblätter für Halle und Querfurt 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratis-Belegblätter Halle'scher Couriers (inkl. Belegblätter). 20. Unterzahlungsblatt (Sonntagsblatt). Sendung, Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Einzelgebühren für die halbesbüchliche Belegblätter: deren Raum für Halle und den Couriers 20 Wg., ansonst 30 Wg., Bestellen am Schluss des redaktionellen Zeils bis zum 100 Wg. Angekündigt am 1. des Monats in Halle a. S. und bei allen bekannten Stammesgepostämtern.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 158; Redaktions-Telefon 1272. Verleger: Dr. Walter Schenckel in Halle a. S.

Freitag, 8. Dezember 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Kurpfalz Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Wahlaufruf der Reichspartei.

Der Ausschuss des Wahlvereins der Reichspartei bezieht sich folgendermaßen auf den Wahlaufruf:

Die Wahlen zum deutschen Reichstag stehen bevor. Die deutsche Reichspartei faßt Ziel und Aufgaben ihrer Bestrebungen zusammen in dem Eintreten für ein nach außen starkes, nach innen kräftiges deutsches Reich.

Wir fordern deshalb eine zweck- und zielbewußte machtbolle nationale Politik nach innen und nach außen. Wir fordern gegenüber den oft fälschlichen Erfahrungen der letzten Jahre mit willkürlicher Auswärtiger Politik des Fürsten Bismarck, welche für Deutschland die ihm gebührende Stellung im Rate der Völker und in der Weltpolitik erlangen hat.

Die deutsche Reichspartei steht in einer, allen Wohlwollenden gemäßen starken Rüstung zu Lande und zu Wasser für die Voraussetzung der erfolgreichen Durchführung einer solchen Politik und zugleich die sicherste Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens. Wir treten deshalb für die Erreichung unseres Kolonialbestrebens und für die Schaffung von Lebensgebieten zum Nutzen unseres an Zahl stetig wachsenden deutschen Volkes.

Die Voraussetzung für die Kraftentfaltung nach außen wie für die Entwicklung der inneren Stärke sind gesunde Finanzen, Wahrung des Reichs vor Defizit- und Anleihepolitik, in die wir immer mehr zu verfallen drohen. Die durchgeführte Reichsfinanzreform war daher eine nationale Pflicht, so sehr wir auch das Zustandekommen der Reichsfinanzreform in anderer Weise gewünscht hätten. Zuerst und ausschließlich durch die Reichsfinanzreform ist die Möglichkeit geschaffen, die berechtigten Wünsche der Reichsbeamten auf Verbesserung ihrer Lage entsprechend den gesunkenen Lebensverhältnissen zu erfüllen und den Demut des Vaterlandes für die Teilnahme unserer glorreichen Krieger in verstärktem Maße zum Ausdruck zu bringen.

Nur die sichere und geordnete Entwicklung seines Gewerbes kann unsern Volk die Kraft geben, seine militärische innere Stärke zu tragen. Die Aufrechterhaltung der bewährten Politik gleichmäßiger Schutzes aller Zweige der heimischen schaffenden Arbeit, der Landwirtschaft wie der Industrie und des Gewerbes ist daher ein Gebot nationaler Selbsterhaltung.

Der Schutz der nationalen Arbeit hat unsern Arbeitern reiche Arbeitsgelegenheit und steigenden Arbeitslohn geschaffen und gesichert. Der Schutz der nationalen Arbeit war die Voraussetzung für den Ausbau der Arbeiterversicherung, die durch die Reichsversicherungsordnung, in der Kürzungen für die arbeitenden Arbeiter und deren Hinterbliebenen durch Aushebung des Reiches der Beteiligten und Vermehrung der Leistungen in wünschenswerter Weise erweitert ist. Bei der Fortführung der sozialen Gesetzgebung, die wir erstreben, ist jede Überbürdung zu vermeiden, in vollstem Maße sind hier zu berücksichtigen die schon auf das äußerste angespannte Leistungsfähigkeit der selbständig Erwerbstätigen und die Lebensbedingungen unserer Volkswirtschaft gegenüber dem Weltbewerber des Auslandes.

Mit Genugthuung begrüßen wir es, daß aus der Arbeiterschaft heraus auf nationaler oder christlicher Grundlage eine Gegenbewegung gegen die Sozialdemokratie entstanden ist, deren Erfolge im Interesse des inneren Friedens und im Interesse der Arbeiter selbst bringen wünschenswert ist.

Durch die Feststellung des Privatbeamtenpersönlichkeitsgesetzes ist den Wünschen des angestellten Mittelstandes Rechnung getragen. Wir wünschen dem selbstständig erwerbenden Mittelstande in Stadt und Land, namentlich dem kleineren seine Existenz ringenden Handwerk und Kleinindustrie, die kräftige Förderung des Reiches zu widmen. Neben der Erhaltung und Förderung des Bauernstandes ist auch der städtische Grundbesitz als ein wichtiger Bestandteil des Mittelstandes anzuerkennen und in seinen berechtigten Bestrebungen zu unterstützen.

Kaiser und Reich, Staats- und Rechtsordnung, Verfassung und bürgerliche Freiheit sind gleichmäßig bedroht durch sozialdemokratische Unterwerfung. Sozialdemokratischer Terrorismus greift in das freie Selbstbestimmungsrecht der Arbeitgeber und Arbeiter ein. Es ist Pflicht des Reiches, hiergegen mit allem Nachdruck Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Wir sind bereit, hierbei mitzuwirken. Zusammenstoß aller vaterländischen Parteien zur Bekämpfung des gemeinsamen Feindes ist auch für die bevorstehende Reichstagswahl die Parole der Reichspartei, keine direkte oder indirekte Unterstützung der Sozialdemokratie ist unsere Stichwortsparole.

Wie auch immer der bedeutsame Kampf zwischen den bürgerlichen Parteien sich weiter entwickelt, die Reichspartei

bleibt sich als selbständige Mittelpartei ihrer Aufgabe bewußt, die patriotischen Männer von rechts und links zur gemeinsamen Arbeit im Dienste des Vaterlandes zu bereinigen.

Wir treten in den Wahlkampf ein getreu unserer Vergangenheit mit dem Wapenspruch, dem wir immer folgten und den wir stets zu befolgen bereit sind: „Das Vaterland, nicht die Partei!“

Jungesellensteuer.

In der „Dtsch. Volksw. Corr.“ finden wir folgende Ausführungen: Kürzlich haben zwei der kleinsten deutschen Bundesstaaten zu dem mannhaften Entschluß sich aufgefaßt, einen beträchtlichen Steuerzuschlag für unverheiratete Männer, welche das 20. Lebensjahr überschritten haben, zu beschließen. Darob vielfach Rosenkränze der Ueberflugen und leichte Weiseln der Loren. Die einen wie die andern wittern hinter der Ertraster auf unbewusste Männer die Absicht des Altvater Staat, auf die legitime Vermehrung der Bevölkerung mit unverfänglichen Mitteln einzuwirken, während aber die Vertreter des modernen Individualismus sich dagegen aufbäumen, daß der fiskalische Nimmerlapp und der soldatenhungrige Militarismus jetzt ihre Rosen sogar in Kinderzeugung und Ehestand hineinsteken wollen.

In Wirklichkeit ist die „Jungesellensteuer“ weder ein unzulässiger Eingriff in freibürgerliche Menschenrechte, noch ein Ehestandsgesetz; ihre Verheerung ist wohl auch nur aus irrtümlichen antösig ercheinenden Namen herzuholen. Die richtige Stellungnahme zu dieser Steuer finden wir, sobald wir auf sie das Prinzip der Leistungsfähigkeit der einzelnen Steuerzahler je nach ihrem Familienstande anwenden.

Die beiden Tatsachen stehen doch fest: einmal, daß Abneigung oder materielles Unvermögen viele, sehr viele Männer in geordneten Jahren das in unabweisbaren Lebensbedürfnisse wesentlich früher bei den Familienvätern als bei den Ledigen find. In den Lebensbedingungen macht es bei gleichartigen Männern, wenigstens in den Städten, nur in den seltenen Ausnahmefällen einen Unterschied, ob die Väter und Gehaltsempfänger verheiratet sind oder nicht; ebenso wenig pflegen die Steuergelege die dem für die Steuerkraft außerordentlich wichtigen Moment erhebliche Bedeutung beizumessen. Es ist aber vom Standpunkt einer gerechten Verteilung der Steuerlasten sehr wohl anständig, die Jungesellen grundsätzlich höher zu besteuern als die Verheirateten; nicht etwa, weil sie für ihre Eheleute befristet werden sollen, sondern weil sie unter der Voraussetzung gleicher Gehaltshöhe für Steuerzwecke einen größeren Einnahmebetrag herzugeben imstande sind, ohne in ihrer sozialen Lebenshaltung im Vergleich zu den verheirateten Kollegen verürzt zu werden. Die Eigenhaft des Baegelholzes ist hierbei nicht ausschlaggebend, sondern die Fähigkeit, einen erweiterten Steuertrakt ungekränkt entrichten zu können. Das Odium der Jungesellensteuer würde auch sofort schwinden, wenn die Auflage von der positiven nach der negativen Seite umgelegt werden würde, also statt der besonderen Auflage auf die Ledigen eine steuerliche Entlastung der Verheirateten plazierte.

In der preussischen Einkommensteuer ist der angeordnete Weg im sogenannten Kinderproben bereits beschritten. Es würde lediglich eine verfeinerte Steueranalyse bedeuten, wenn die Steuerprogression in derselben Richtung weiter ausgebaut werden würde. Warum soll bei der Steuerumlegung nicht allgemein berücksichtigt werden, daß die Unterhaltung eines eigenen Haushaltes Aufwendungen verursacht, von denen der Unverheiratete kaum etwas weiß? Dadurch würde ein sozialer Fortschritt angebahnt werden, in welchem auch wertvolle ethische Antriebe enthalten sind. Den Ledigen erwiese man einen Liebesdienst, wenn man ihnen durch die Steuererhebung immer wieder nahebrächte, daß die Gemeinlichkeit berechtigt ist, ihnen wenigstens ein größeres materielles Opfer aufzuerlegen, falls sie den Familienpflichten auszuweichen für vorteilhafter erachten.

Der italienisch-türkische Krieg.

Die Dardanellenfrage.

Das Konstantinopeler Blatt „Sabab“, das seit kurzem von Said Nafisa inspiriert wird, will erfahren haben, daß der von Russland getane Schritt nicht die Grenzen des gehürten Wunsches nach einem mündlichen Meinungsaustausch überschreite. Die russische Regierung habe erklärt, die Porte erleihe keinen Schaden, wenn Kriegsschiffe vom Schwarzen Meer nach dem Mitteländischen Meer und dem südrlichen Ozean durch die Meerengen führen. Russland habe freie Durchfahrt nur im Friedenszeiten für die auf dem Meer des Schwarzen Meeres erkrankten Schiffe verlangt. Die Ermächtigung zur Durchfahrt besitze sich jedesmal nur auf ein Schiff. Außerdem sei Russland bereit, während der Durchfahrt jegliche Garantie zu leisten. Die Porte habe erwiderte, die Schließung der Dardanellen

höhere auf von allen Mächten unterzeichneten Verträgen. Die Forderung der Bestimmungen der Verträge verurteile die Schwierigkeiten. Die Worte erachte den gegenwärtigen Augenblick als ungeeignet für solche Unterhandlungen. „Sabab“ glaubt, die Unterhandlungen gingen nicht weiter und würden bis zur Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten aufgehoben. — Einige Konstantinopeler Blätter veröffentlichten ein augenscheinlich von der russischen Hofschaff stammendes Dementi, in dem erklärt wird, die Hofschaff habe der Porte keinerlei Mitteilung über die freie Durchfahrt gemacht. — Mehrere Pariser Blätter behaupten dagegen, daß der dort eingetroffene russische Minister des Meeres, Sazonow, mit dem russischen Botschafter in Paris, Jzolski, und dem russischen Botschafter in London, Grafen Wendendorff, wichtige Besprechungen über verschiedene aktuelle Fragen haben werde, insbesondere über die Frage der Dardanellen-Durchfahrt. Frankreich sei prinzipiell geneigt, die Forderung Russlands nach Erlangung der freien Durchfahrt durch die Dardanellen zu unterstützen.

Vom Kriegsschauplatz.

Aus Tripolis berichtet unter dem 7. Dezember die „Agenzia Stefani“: Generali ist zum ersten Male den ganzen Tag über kein Feuer in Richtung auf der Befestigungslinie vor Tripolis beobachtet worden. General Ricci leit von Ain Dara mit, daß Erlaubungen durch Kavallerie und Vernehmungen von Eingeborenen bestätigen, daß der Wüsten des Feindes nach Süden in aller Acht fortgesetzt werde. Ein Bataillon Infanterie überließ ein großes Beduinencamp und zündete es an. Nachdem die erste Eskadron ein großes Lager bei Ain Dara besetzt hatte, entfaltete General Ricci ein Bataillon Alpenjäger mit Gebirgsartillerie dortselbst. Das Lager wurde erst unter Artilleriefire genommen und dann von dem Bataillon eingenommen und in Brand gesetzt. Kundschaftern zufolge waren die Verluste des Feindes am 4. Dezember sehr hoch.

Die Luftflotte.

Die „Agenzia Stefani“ meldet: Da die italienischen Kriegsschiffe das rote Meer von feindlichen Schiffen gesäubert hätten, seien an der ganzen Küste von Erythraea die Luftflotte wieder angezogen worden.

Deutsches Reich.

* Wechselschluß und nicht Auflösung des Reichstages? Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt: In der Presse werden vielfach Erörterungen an den Umständen geknüpft, daß der Reichstag am 5. Dezember geschlossen und nicht aufgelöst worden ist, obgleich eine Auflösung im Hinblick auf die bevorstehenden Neuwahlen gütlich geboten sei. Der Grund für dieses im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Reichstages gewählte Vorgehen liegt einfach darin, daß bei der großen Zahl wichtiger Gelege, die am letzten Sitzungstage des Reichstages noch zur Annahme gelangen, dem Präsidium Zeit gelassen werden mußte, die delegierten der Reichstages vorzunehmen und die sonstigen Geschäfte des Reichstages ordnungsmäßig abzuwickeln. Der Erlaß einer kaiserlichen Verordnung über die Auflösung des Reichstages und über den Zeitpunkt der Neuwahlen steht unmittelbar bevor.

* Der Bundesrat hat dem vom Reichstage angenommenen Entwurf eines Gesetzes betreffend den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffabtragsgaben, den Vorlagen betreffend ein Abkommen über den Verkehr mit Brantwein in südlichen dem Gebiet der deutschen Brantweinvereinsgemeinschaft und dem Großherzogtum Luxemburg, betreffend die Ausführungsbestimmungen zum Fischereigesetz, dem Entwurf einer Bekanntmachung betreffend das Verfahren vor dem Aufständischen für Privatversicherung im Falle des Paragraphen 1321 Abs. 3 Satz 2 der Reichsversicherungsordnung und der Vorlage betreffend Festsetzung von Lagedebeln und Führkosten für nicht zu den unmittelbaren Reichsbeamten gehörige Personen die Zustimmung erteilt.

* Die neue Mitgliederliste des Abgeordnetenhauses. Wie mitgeteilt wird, weist die Mitgliederliste des Abgeordnetenhauses für die nächste Session eine ganze Reihe neuer Namen auf, die durch Neuwahlen bedingt worden sind. Am 26. Juli wurde für den nationalliberalen Abgeordneten Oberbürgermeister Dr. Haarmann (12. Altersjahr), der Abgeordnete Gruppe gewählt, der gleichfalls in der Nationalliberalen gehört. Am 28. Juli folgte die Ergänzung für den am 27. April gestorbenen Abgeordneten E. Schmid (5. Altersjahr). Durch die Wahl des Abgeordneten v. Saffel erhielt der Christlich dem Konserbativen erhalten. Die nächsten Abgeordneten fanden am 17. Oktober statt. An die Stelle des am 1. Juli gestorbenen Abgeordneten Geim (in 7. Rasse) trat der Abgeordnete Hill, wodurch die Nationalliberalen den Wahlsitz verloren. Der Abgeordnete Hill gehört keiner Partei an. Am gleichen Tage folgte im Wahlsitz 14. Rasse der Abgeordnete Behringer (nach) dem Abgeordneten J. u. g. h. an, der am 28. Juli verstorben war. Abgeordnete Jungmann war auch nationalliberal. Dieser Partei bezieht ihren Wahlsitz bei der am 26. Oktober erfolgten Ergänzung in 3. Womberg. Hier wurde für den Abgeordneten Birtl, Geh. Regierungsrat, vortragender Rat im Ministerium für Handel und Gewerbe, Aufseher der Abgeordnete Dr. Rehn gewählt. Für den Geheimen Regierungsrat und Universitäts-

Die Aktien in der Liste sind zum 1. Dez. 1911... Berliner Börse, 1. Dez. 1911

Berliner Börse, 1. Dez. 1911

Amst. 183,60; Br. 170,00; L. 160,00; S. 160,00; W. 170,00; N. 170,00; P. 170,00; R. 170,00; G. 170,00; H. 170,00; K. 170,00; J. 170,00; I. 170,00; O. 170,00; Q. 170,00; U. 170,00; V. 170,00; W. 170,00; X. 170,00; Y. 170,00; Z. 170,00

Main table containing stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Industrie', 'Bank-Aktien', and 'Industrie-Aktien'.

Erklärungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften... Von den Aktien der industriellen Gesellschaften...

Erklärungen zum Kurszettel: Von den Aktien der industriellen Gesellschaften... Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften...